

# Höchste Zeit aktiv zu werden

## Für eine sozialistische Alternative zu Arbeitslosigkeit, Krieg und Umweltzerstörung

### Kapitalismus funktioniert nicht. Einige Beispiele:

- Alle reden von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, doch mehr und mehr Menschen verlieren ihre Arbeit.
- Alle sind für Gerechtigkeit, aber die soziale Ungleichheit wird größer und größer. 11,5 Millionen Menschen in Deutschland sind arm. Gleichzeitig besitzen die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung in Deutschland über 60 Prozent des gesamten Vermögens.
- Alle sind für Demokratie, aber mehr als die Hälfte der Menschen weltweit hat kaum oder keine demokratischen Rechte. Und selbst in Deutschland beschränkt es sich darauf, alle vier, fünf Jahre ein Kreuz machen zu dürfen.
- Alle sind gegen Faschismus und Rassismus, aber die Nazis werden stärker und der staatliche Rassismus wird verschärft.
- Alle sind gegen Kriege, aber heute werden weltweit über 1500 Milliarden US-Dollar für Rüstung aufgewendet – zwölfmal mehr als die offizielle Entwicklungshilfe. 32 Kriege werden zur Zeit geführt.
- Alle sind für Umweltschutz, aber nie war die Bedrohung der Umwelt größer als heute. Der Klimawandel schreitet voran, die Folgen eines Atomunfalls sind bekannt. Dennoch sollen die Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke verlängert werden und wird nichts wirksam zum Schutz des Weltklimas unternommen.

Liegt das daran, dass es keine Lösung für diese Probleme gibt? Nein, denn Krieg, Umweltzerstörung, Hunger, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau sind keine Naturgesetze, sondern von Menschen gemacht. Sie beruhen auf Entscheidungen, die von Menschen getroffen werden. Aber von wem? Wer entlässt? Wer liefert Waffen? Wer baut Atomkraftwerke?

Diese Entscheidungen, die alle Menschen betreffen, werden nicht demokratisch getroffen. Eine kle-

ine Minderheit der Besitzenden, von niemand gewählt und kontrolliert, entscheidet über die Wirtschaft und über die Politik. Es sind die Entscheidungen der Mächtigen. Mächtig ist, wer das Geld hat, die Banken und Konzerne besitzt. Längst bevor ein Parlament auch nur beginnt zu diskutieren, sind in den Chefetagen der Großkonzerne die Entscheidungen gefallen.

Im Kapitalismus geht es um die Maximierung von Profiten. Produziert wird nicht was gebraucht wird,

sondern was bezahlt werden kann. Darum werden weiter Atomkraftwerke gebaut und nicht konsequent auf regenerative Energien gesetzt. Darum wird in Kauf genommen, dass eine Ölpest den Golf von Mexiko zerstört, statt konsequent die Umwelt zu schützen. Darum wird weiter auf die Autoproduktion gesetzt, statt einen kostenlosen Nahverkehr zu organisieren. Die Kapitalisten entscheiden, was wie produziert wird und was nicht. Die Innen- und Außenpolitik richtet sich nach ihren



☎ 030 / 247 238 02 ★ ✉ info@sav-online.de ★ www.sozialismus.info

V.i.S.d.P.: H. Dröge, c/o SAV Littenstraße 106, Berlin



*Die SAV ist der Ansicht - dass gegen jede Verschlechterung und für jede Verbesserung gekämpft werden muss – nicht vereinzelt - sondern gemeinsam und organisiert*

Bedürfnissen. Soldaten und Zivilisten sterben in Afghanistan, weil Deutschlands Wirtschaftsinteressen verteidigt werden sollen.

### **Radikale Antworten sind nötig**

Die Macht liegt heute in den Händen von 500 Großkonzernen, die die Welt beherrschen. Die Kapitalbesitzer bestimmen über Produktion und Gesellschaft. Die Masse der Bevölkerung ist nur dafür gut, den ganzen Wohlstand für Wenige zu erarbeiten. Das ist, was Kapitalismus bedeutet.

Wenn das Privateigentum an Fabriken und Banken – und damit die Orientierung allen Handels auf den maximalen Profit – dazu führt, dass die Existenzgrundlage der Menschen (Arbeit und Umwelt) geraubt wird, dann gibt es für uns nur eine Lösung: Verstaatlichung der Banken und Großkonzerne bei Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung und Nutzen dieser Ressourcen zur Lenkung der Wirtschaft im Interesse der Menschen und der Anforderungen der Umwelt.

Wenn die Entscheidungen von einer kleinen Minderheit von Kapitalisten

dazu führt, dass die Existenzgrundlage der Menschen (Arbeit und Umwelt) geraubt wird, dann gibt es für uns nur eine Lösung: Ein radikal anderes System von Entscheidungen. Karl Marx hat aus dem Klassengegensatz zwischen Kapitalisten und der Arbeiterklasse die Schlussfolgerung gezogen: Diese Gesellschaft muss und kann verändert werden. Es gibt eine Alternative zum Kapitalismus: Sozialismus weltweit.

Dafür setzt sich die SAV auch heute ein. Die SAV ist der Ansicht, dass gegen jede Verschlechterung und für jede Verbesserung gekämpft werden muss – nicht vereinzelt, sondern gemeinsam und organisiert. Dafür ergreifen wir Initiativen, dafür sind wir aktiv in der Partei DIE LINKE und in den Gewerkschaften. Alle Erfahrungen zeigen aber: Der Kapitalismus kann nicht zu einer friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine andere, sozialistische Gesellschaft zu verbinden.

Die Diktatur der Konzerne muss überwunden werden. Weltweit.

Dafür bedarf es einer internationalen marxistischen Organisation. Das Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI) will eine solche aufbauen. Die SAV ist Teil des CWI.



*Am 17 Juni 1953 traten Arbeiter in der DDR in den Streik. Sie kämpften für eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft*

**Für eine kämpferische Alternative zu den Parteien der Banken und Konzerne:**

## **LINKE zu einer sozialistischen Arbeiterpartei aufbauen**

Die Lage ist alles andere als super für die Lohn- und Gehaltsabhängigen. Die Konzerne und Superreichen haben viele Parteien, von der CDU bis zu SPD und Grünen. Doch eine Massenpartei, die konsequent unsere Interessen vertritt, müssen sich Beschäftigte, Erwerbslose, Jugendliche und RentnerInnen erst noch gemeinsam aufbauen.

Einen Ansatz dazu bietet die Partei DIE LINKE. Mitglieder der SAV sind in der Partei und im Jugendverband Linksjugend [‘solid] aktiv und setzen sich dort für einen kämpferischen und sozialistischen Kurs ein. Weg von der Unterordnung der eigenen Positionen unter mögliche Regierungskoalitionen mit der SPD – hin zu einer kämpferischen, sozialistischen Massenpartei, die den Herrschenden und Regierenden den Kampf ansagt. Wir brauchen kein neues „kleineres Übel“, sondern eine Kraft, die sich kapitalistischem Krisenmanagement widersetzt.



*Die SAV setzt sich dafür ein, dass die LINKE ihre Kraft für den Widerstand gegen Regierung und Kapital nutzt*

## **Der Stalinismus**

Es hat noch keinen Sozialismus auf der Welt gegeben. Nicht in der Sowjetunion, nicht in der DDR, nicht in China. Die Diktaturen der Parteibürokratien in den Staaten, die sich sozialistisch nannten, waren schlechte Karikaturen auf den Sozialismus. Es waren stalinistische Staaten – auch nach Stalins Tod. In der Sowjetunion, China und der DDR herrschte nicht die Arbeiterklasse, sondern sie wurde beherrscht – von einer Clique privilegierter Bürokraten in Partei und Staat.

Das war nicht immer so: In der ersten Phase nach der Revolution war der neue sowjetische Arbeiterstaat die demokratischste Gesellschaft, die es bisher in der Menschheitsgeschichte gab. Aber nach der Revolution setzte das internationale Kapital seine Armeen gegen das junge Sowjet-Russland in Marsch. Als Folge war das Land noch mehr zerstört als schon nach dem Ersten Weltkrieg und viele der bewusstesten Arbeiter gefallen. Damit waren die Bedingungen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft denkbar schlecht. Mit den Scheitern der Revolutionen in Deutschland, Ungarn und Italien wurde das junge Sowjet-Russland isoliert und geschwächt.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich in Russland eine privilegierte bürokratische Elite aus dem Funktionsapparat der führenden bolschewistischen Partei und des Staates. Stalin wurde zur Personifizierung dieser Bürokratie, aber auch nach seinem Tod änderte sich nichts an den grundlegenden gesellschaftlichen Strukturen in diesen Staaten. Diese Bürokratie wirkte wie ein Krebsgeschwür in der Planwirtschaft. Jegliche demokratischen Debatten, Wahlen und Entscheidungsfindungen wurden durch sie unterbunden. Ein von Korruption und Konservatismus geprägter Staatsapparat entstand, der sich immer mehr im Widerspruch zur Masse der Bevölkerung befand.

Die Sozialistische Alternative - SAV ist und ihre Vorgängerorganisation VORAN war eine kompromisslose Gegnerin des Stalinismus. Wir stehen in der Tradition von Leo Trotzki und der von ihm gegründeten Linken Opposition und Vierten Internationale, die den Kampf für eine Arbeiterdemokratie auf Basis der verstaatlichten Planwirtschaft in der Sowjetunion seit Mitte der 20er Jahre führten. Ein Ein-Parteien-Regime und Funktionsprivilegien waren niemals die Ziele wirklicher SozialistInnen und werden von der SAV nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen mit dem Stalinismus grundsätzlich abgelehnt.

# Sozialismus: Die Weisheit der Masse

## Rätedemokratie statt Diktatur des Kapitals

1906 besuchte Francis Galton, ein britischer Naturforscher, die jährliche westenglische Nutztiermesse, bei der ein Ochsen-Gewicht-Schätz-Wettbewerb veranstaltet wurde. Insgesamt 787 Personen, sowohl Laien als auch „Experten“ nahmen daran teil und gaben einen Tipp ab. Francis Galton entschloss sich zu einem Experiment, um die angebliche Dummheit der Masse zu beweisen: Er wertete die fast 800 Schätzungen statistisch aus. Der Mittelwert aller Schätzungen (1.197 Pfund) kam dem tatsächlichen Gewicht des Ochsen (1.207 Pfund) beeindruckend nahe. Galtons Versuch, die Dummheit der Masse auf diese Art zu beweisen, war gescheitert.

Die Tatsache, dass eine Gruppe von Menschen schlauer ist als Einzelne, ist schon vielfach bewiesen worden. Dennoch leben wir in einer Welt, in der „Experten“ oder Vorgesetzte in den Betrieben und der Politik das Sagen haben. Kann das auch anders gehen? Wie könnte das aussehen?

„Der Publikumsjoker bei ‘Wer wird Millionär?’ beweist es: In der Gruppe sind Menschen schlauer als jeder Experte“, so die Süddeutsche Zeitung vom 8. Dezember 2005 darüber, dass das Publikum bei Günther Jauchs Quiz-Sendung selten daneben liegt. In der Masse entfalte sich kollektive Intelligenz, schreibt James Surowiecki in seinem Buch „Die Weisheit der Vielen“. Es komme nur darauf an, das Wissen der Massen richtig zu organisieren.

### **Bürgerliche Demokratie...**

Doch wie sieht es heute aus? Bestenfalls dürfen Menschen in Ländern

wie Deutschland alle paar Jahre mal ein Kreuz machen. Die eigentlich wichtigen Entscheidungen fallen in den Chefetagen der Konzerne und Banken. Treffend hat Karl Marx die bürgerliche Demokratie verurteilt, in der es nur erlaubt sei, „einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll“ („Der Bürgerkrieg in Frankreich“).

### **...und Diktatur in den Betrieben**

Während bei Wahlen zumindest so getan wird, als könne man wirklich was entscheiden, so wird in den Betrieben selbst dieser Anschein weggelassen. Hierarchien prägen das Bild, Entscheidungen treffen letztlich nur ganz wenige: Die Eigentümer der Betriebe. Immer wieder mal dürfen sich Mitarbeiter zwar an Ideenwettbewerben beteiligen. Das drückt aus, dass auch die Chefs auf das Fachwissen ihrer Beschäftigten nicht verzichten können. Aber wenn ihnen die Vorschläge nicht passen, lassen sie diese fallen. Daran ändern auch Betriebsräte und Vertreter der Gewerkschaften in Aufsichtsräten nichts grundsätzlich, werden sie doch per Gesetz auf das Unternehmenswohl, also die Profite der Eigentümer, verpflichtet.

Durch den Wegfall von hierarchischen Strukturen würde enorme Kreativität freigesetzt. Bei einer Umfrage der Berufsgenossenschaft Metall im April 2008 waren 62 Prozent der Befragten der Meinung, die Führungskräfte seien „Teil der psychischen Belastungen der Mitarbeiter“.

Das System der Ausbeutung und die

dafür nötige Disziplinierung hemmt heute die schöpferische Tätigkeit. Jeder Beschäftigte kann unzählige Beispiele nennen von kontraproduktiven Entscheidungen und Misswirtschaft von Vorgesetzten. Weil aufgrund der Rezession die Unterdrückungsmechanismen für die Unternehmer noch mehr an Bedeutung gewinnen, schaffen sie auch die Gruppenarbeit und die dadurch gewährte Autonomie von Teams wieder ab.

Die freie Entfaltung der Beschäftigten würde Produktivität und Erfindergeist auf bisher ungekannte Höhen bringen. Richard Müller, 1918 Vorsitzender der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin, beschrieb die Verhältnisse im Kapitalismus so: „Kann man von Freiheit reden, wenn der Arbeiter seine Arbeitskraft dem Unternehmer verkaufen muss, wenn der Besizende den Besitzlosen ausbeutet? Erweist sich die Idee der Demokratie nicht als ein Betrug, wenn die Gleichheit vor dem Gesetz bestenfalls zur Freiheit der Beherrschung und der Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung durch den Kapitalismus wird? Wird nicht die Freiheit im kapitalistischen Staatswesen zur Freiheit des Verhungerns, und die Brüderlichkeit zur Heuchelei, zur schmachvollen Wohltätigkeitssprotzerei?“

### **Rätegesellschaft als Alternative**

Im bürgerlichen Staat bleibt die Demokratie beschränkt, ist in der Praxis Diktatur, Herrschaft der Banken und Konzerne. Wir stimmen mit Surowiecki überein, dass es darauf ankommt, „die Exzellenz der Menge“, wie er es nennt, auch für den Alltag taug-



*Bei einer Umfrage der Berufsgenossenschaft Metall im April 2008 waren 62 Prozent der Befragten der Meinung, die Führungskräfte seien „Teil der psychischen Belastungen der Mitarbeiter“*

lich zu machen. Revolutionäre SozialistInnen setzen daher der bürgerlichen Demokratie das Rätesystem entgegen.

Immer wieder baute die Arbeiterklasse in ihren Kämpfen eigene Organe auf: ob mit der Pariser Kommune 1871 oder mit den Räten in den Russischen Revolutionen 1905 und 1917, 1918 in Deutschland oder auch in der Ungarischen Revolution 1956. Die Bezeichnungen können verschieden sein, Funktion und Aufgaben sind die gleichen.

Es ist kein Zufall, dass sich in revolutionären Situationen immer wieder spontan Arbeiterräte gebildet haben. Die Grundlage der Gesellschaft ist die Wirtschaft. Dort sind es wiederum die Beschäftigten, die alle Güter und Dienstleistungen erzeugen. Die Beschäftigten kommen in den Betrieben zusammen, arbeiten gemeinsam, kennen sich, sprechen miteinander. Die erwerbstätige Bevölkerung verbringt einen großen Teil ihrer Zeit gemeinsam am Arbeitsplatz. Ebenso die SchülerInnen in der Schule, die Studierenden an der Uni. Deshalb

liegt es nahe, dass man die wichtigen Entscheidungen auf Versammlungen in den Betrieben, Schulen und Hochschulen diskutiert und beschließt. Für die tägliche organisatorische Arbeit werden aus diesen Reihen VertreterInnen gewählt. Für die stadt- und landesweiten Gremien werden Delegierte gewählt. So sind die ersten Räte entstanden.

Durch die demokratische Mitwirkung jedes Mitglieds der Gesellschaft kann die schöpferische Energie der Individuen erstmals voll zum Zug kommen. Bereits heute gibt es Millionen Menschen, die ehrenamtlich tätig sind in Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Selbsthilfeorganisationen, Hilfsorganisationen, Sportvereinen. Das zeigt, dass Menschen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und nicht Geld die einzige Triebkraft menschlichen Handelns ist. Im Sozialismus wird es möglich sein, engagierte und verantwortungsvolle Leute zu finden, die für einen durchschnittlichen Lohn und während ihrer Arbeitszeit die Gesellschaft verwalten.

Wenn die Beschäftigten im Betrieb oder die BewohnerInnen eines Stadtteils zum Schluss kommen, dass gewählte VertreterInnen ihre Aufgabe schlecht erledigen, können sie jederzeit abgewählt und durch andere Personen ersetzt werden. Niemand erhält Privilegien. Keiner einen Posten auf Lebenszeit.

Die Räte sind beschließende wie ausführende Organe, die künstliche Trennung in Legislative und Exekutive entfällt. Ist sie heute doch nur ein Argument, demokratische Rechte auszuhebeln. Der Zustand, dass nicht-gewählte Richter, Generäle oder Polizei-Chefs Entscheidungen treffen, wird abgeschafft.

Die Räte Demokratie beruht auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln und einer demokratisch geplanten Wirtschaft. Damit ist der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit überwunden. Im Sozialismus bestehen die heutigen Gerichte, die heutige Polizei, das heutige Militär – die letztlich den Interessen der Kapitalisten dienen – nicht weiter. Es sind Räteorgane, die das öffentliche

Leben organisieren.

Die Räte werden nach Richard Müller „zur Grundlage einer neuen Gesellschaftsordnung. Das Rätesystem wird sich politisch und ökonomisch betätigen. Es wird politisch in der Übergangsperiode zur Herrschaftsorganisation des Proletariats; seine Organe müssen die politische Verwaltung übernehmen. Ökonomisch wird es zur Organisation der Produktion.“

### Wie können Räte organisiert werden?

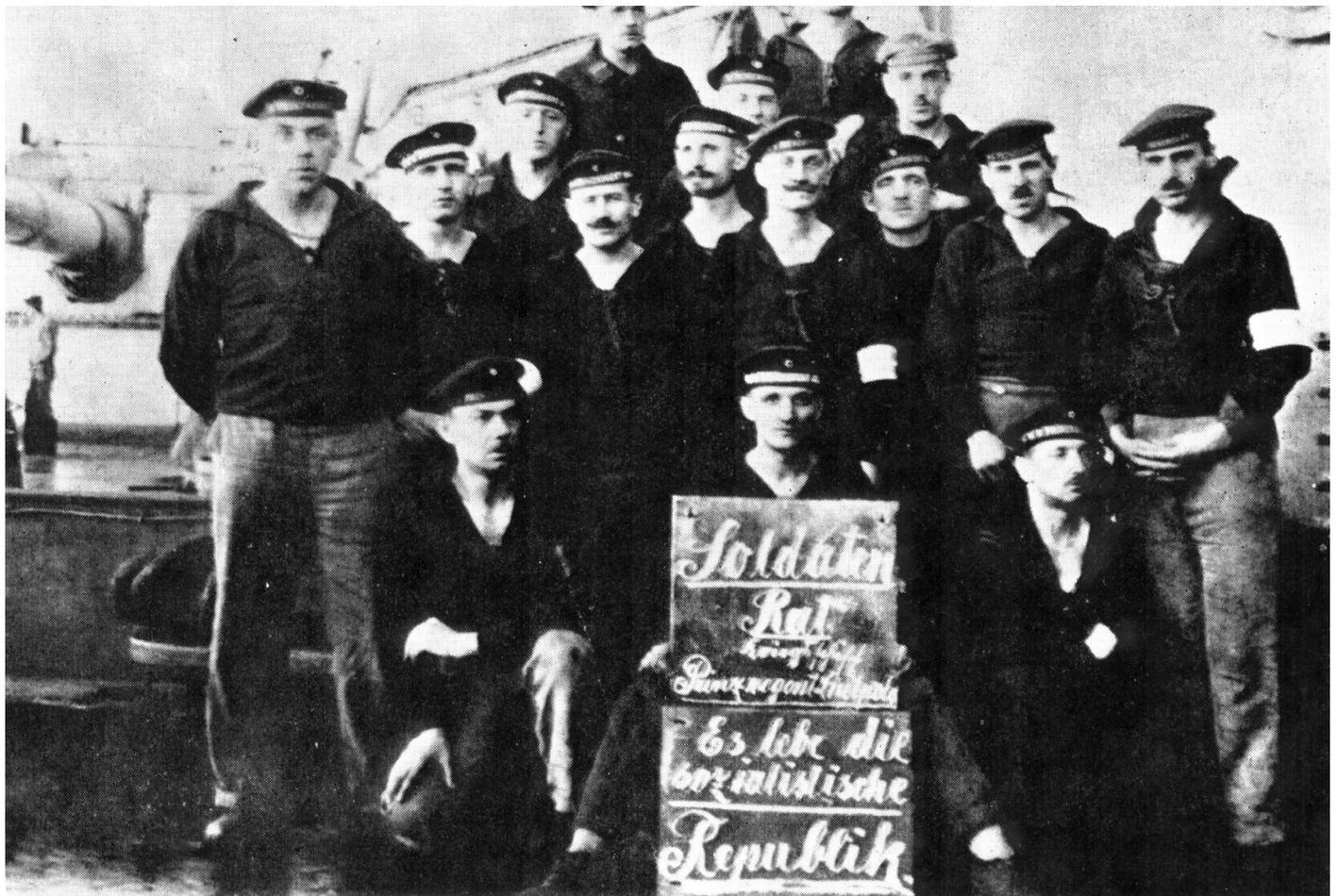
In Räten vereinigen sich verschiedene Interessen, die der Beschäftigten eines Betriebes, die der NutzerInnen und der Gesellschaft als Ganzes. Alle diese Gruppen haben berechnete Interessen, die gemeinsam am Besten zum Tragen kommen. Die Triebkraft der kapitalistischen Produktion ist der Profit. Um den Bedarf der Gesellschaft kümmert sich der Kapitalismus nicht. Dabei ist es möglich, eine Planung im Interesse der Menschen zu organisieren. Mit Internet und

anderen modernen Kommunikationstechnologien ist es noch leichter, den Bedarf zu ermitteln und entsprechend zu produzieren.

Jeder kennt die Lage in seinem Betrieb, seiner Schule, seinem Stadtteil am Besten. Wie kann die Arbeit optimal organisiert werden, was soll auf dem Lehrplan stehen, welcher Spielplatz braucht eine Erneuerung? Um das zu entscheiden, braucht es keine Vorgesetzten oder abgehobenen Politiker. Das können die Menschen vor Ort am Besten entscheiden. Von daher ist die erste Rätestruktur, die es zu bilden gilt, eine, die sich auf einen Betriebsteil, eine Bildungseinrichtung oder einen Stadtteil bezieht. Die Menschen in diesen Bereichen wählen sich ihre VertreterInnen aus ihrer Mitte.

Diese lokalen Räte müssen natürlich zusammengefasst werden, um weitergehende Entscheidungen, wie zum Beispiel die Organisation des Nahverkehrs, zu treffen. Also wählen diese Räte VertreterInnen, die sie zu stadtweiten Versammlungen schicken

en. Dort kann dann gemeinsam diskutiert und entschieden werden, welche Stadtteile was für eine Nahverkehrsanbindung brauchen. Ähnliches muss landes-, bundesweit und letztendlich international geschehen. Die „Weisheit der Vielen“ kann aber nur dann erreicht werden, wenn die tatsächliche Macht in ihren Händen liegt und nicht in den Händen einer Minderheit von Kapitalbesitzern. Und diese „Weisheit“ wird sich nur durchsetzen können, wenn alle Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse durch und durch demokratisch sind. In den stalinistischen Ländern war zwar der Kapitalismus abgeschafft aber mangels Demokratie hat sich nicht die „Weisheit der Vielen“, sondern die Beschränktheit der Bürokraten durchgesetzt. In einer rätedemokratischen Gesellschaft werden dagegen die vielfältigen Talente, Fähigkeiten und das immense Wissen aller Menschen endlich auch im Interesse aller Menschen eingesetzt. ■



In der Novemberrevolution in Deutschland vor 90 Jahren wurden binnen weniger Tage in über 50 Städten Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Ihr Ziel war der Sturz des Kapitalismus

# Demokratische Planwirtschaft statt Diktatur des Marktes

Der Kapitalismus ist nicht nur ungerecht und unsozial. Er funktioniert auch nicht. Der Kapitalismus ist ein krisenhaftes und chaotisches System. Aufgrund des Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung der Arbeitsprodukte durch die Kapitalisten basierend auf dem Privateigentum an Banken und Konzernen, aufgrund des Konkurrenzkampfes zwischen Konzernen und Nationalstaaten im Rahmen eines Weltmarkts, aufgrund der Profitlogik ist der Kapitalismus nicht zu einer harmonischen Entwicklung fähig. Es entstehen Ungleichgewichte, Überproduktion und Überkapazitäten, Verschuldung und Spekulationsblasen. Regelmäßig entladen sich diese Ungleichgewichte und Widersprüche in Wirtschaftskrisen. Diese sind so alt, wie der Kapitalismus selbst.

Dagegen setzen wir die Idee einer demokratisch geplanten Wirtschaft im Interesse der Mehrheit. Eine gesamtgesellschaftliche Planung würde mit einer Bestandsaufnahme beginnen: Welche Aufgaben sind am dringendsten? In welchen Bereichen gibt es den meisten Bedarf? Wie viele Menschen mit welchen beruflichen Fähigkeiten haben wir? Welche Fabriken, welche Maschinen stehen zur Verfügung?

Zentral würde man insbesondere die grundsätzliche Richtung entscheiden. Zum Beispiel würde man es als oberste Priorität ansehen, die gesamte Energieversorgung auf erneuerbare Energien umzustellen. In einer demokratischen Planwirtschaft würde jede Frage auf der Ebene entschieden, auf der es sinnvoll ist. Eigeninitiative, Engagement, selbstständiges Denken würden nicht unterdrückt, sondern gefördert. Im Ostblock waren die Personen in Leitungsfunktionen grundsätzlich privilegiert. Schafft man

die Privilegien ab, dann schafft man das entscheidende Motiv ab, an einem Posten zu kleben, Kritik abzubügeln und für Leitungsaufgaben talentiertere Menschen auszubremsen.

Wenn man sich mit den verschiedenen Einwänden gegen eine geplante Wirtschaft befasst, kommt man immer wieder zu einer Schlussfolgerung: Das Problem in einer demokratischen Planwirtschaft ist nicht die Planung, sondern die Durchsetzung und Aufrechterhaltung der Demokratie.

Demokratie ist keine Frage des guten Willens oder edler Moral. Demokratie fußt auf bestimmten materiellen Voraussetzungen. Gleiche Rechte setzen gleiche Besitzverhältnisse voraus. Der Besitz eines Unternehmens gibt dem Kapitalisten heute die Macht, über die Produktion und das Schicksal der Beschäftigten zu entscheiden. Durch das Gemeineigentum an Produktionsmitteln, Grundlage von Sozialismus und Planwirtschaft, wird die erste Voraussetzung für Demokratie geschaffen.

Gleichheit der Rechte und Möglichkeiten setzt materielle Gleichheit voraus. Eine Gesellschaft, in der es eine Spaltung in Arm und Reich gibt, kann niemals demokratisch sein. In

den stalinistischen Staaten gab es ebenfalls eine Spaltung der Gesellschaft, die herrschende Funktionärskaste verfügte über ein abgestuftes System von Privilegien.

Eine dritte materielle Voraussetzung für Demokratie ist genügend Zeit für alle Mitglieder der Gesellschaft. Teilnahme an Diskussions- und Entscheidungsprozessen erfordert nämlich Zeit. Die Arbeitszeit könnte durch Aufteilung der Arbeit auf alle und durch Abschaffung gesellschaftlich sinnloser Tätigkeiten drastisch reduziert werden.

Unter diesen Voraussetzungen kann eine demokratisch geplante Wirtschaft funktionieren. Der Kampf dafür beginnt hier und jetzt. Für demokratische Eigentumsverhältnisse brauchen wir die Überführung der Schlüsselindustrien, der Banken und Konzerne, in Gemeineigentum. Für demokratische Organisationen der Gesellschaft brauchen wir Prinzipien wie Durchschnittslohn für Funktionäre, jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit, Transparenz. Für diese Prinzipien setzen wir uns als MarxistInnen in sozialen Bewegungen, in der Partei DIE LINKE und in den Gewerkschaften ein.



*Arbeitsuchende in New York, heute und vor 80 Jahren. Die "unsichtbare Hand des Marktes" erweist sich als unfähig, das Potential von Millionen zu nutzen.*

# Lesehinweise

- ★ **Karl Marx/ Friedrich Engels: Das Manifest der Kommunistischen Partei**
- ★ **Marx is back – Textsammlung für Einsteiger**
- ★ **Richard Müller: Räte in Deutschland**
- ★ **Kapitalismus? Widerstand! Für sozialistische Demokratie weltweit (SAV-Broschüre)**
- ★ **Demokratische Planung statt Diktatur des Marktes (SAV-Broschüre)**
- ★ **Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus? 10 Fragen und 10 Antworten (SAV-Broschüre)**

zu bestellen unter [www.shop.sozialismus.info](http://www.shop.sozialismus.info)

## SAV vor Ort

Aachen ☎ 0241 – 5600 88 13  
 Berlin ☎ 030 – 440 84 29  
 Bremen ☎ 0176 – 320 50 301  
 Bremerhaven ☎ 0176 – 75004118  
 Dortmund ☎ 0177 – 650 85 79  
 Dresden ☎ 0351 – 310 7391  
 Essen ☎ 0201 – 56 33 168  
 Frankfurt/M ☎ 0172 – 617 89 26  
 Hamburg ☎ 0176 – 513 95 025  
 Kassel ☎ 0178 – 66 544 11  
 Köln ☎ 0221 – 933 78 45  
 Leipzig [leipzig@sav-online.de](mailto:leipzig@sav-online.de)  
 München ☎ 01520 – 416 05 91  
 Rostock ☎ 0381 – 499 65 90  
 Stuttgart [stuttgart@sav-online.de](mailto:stuttgart@sav-online.de)  
 Tübingen [tuebingen@sav-online.de](mailto:tuebingen@sav-online.de)

### weitere Orte:

Bamberg, Bielefeld, Celle, Cuxhaven, Dachau, Freiburg, Göttingen, Halle, Hannover, Husum, Jena, Karlsruhe, Konstanz, Marburg, Mannheim, Neumarkt, Neustadt, Nürnberg, Pforzheim, Saarbrücken, Schönau, Siegen, Telgte, Trier, Würzburg, Wuppertal

☎ 030 – 247 238 02

## sozialismus.info Online

### Webseite der SAV – Sozialistische Alternative

- Täglich neue Analysen und Berichte
- Hintergrundinformationen
- Internationales
- Kontakt – Jetzt aktiv werden!

..... [www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)



# Mach mit bei den SozialistInnen!

- Ich möchte **weitere Informationen** über euch.
- Ich möchte die **solidarität – SOZIALISTISCHE ZEITUNG** abonnieren. (Kosten und Bedingungen für das Abo: 15 Euro für ein Jahr innerhalb Deutschlands, 20 Euro für ein Jahr außerhalb Deutschlands. Das Abo verlängert sich nach Ablauf um ein weiteres Jahr und kann jederzeit gekündigt werden.)
- Ich möchte ein **Förderabo** der **solidarität – SOZIALISTISCHE ZEITUNG** mit einer monatlichen Spende von \_\_\_ Euro (ab 3 € pro Monat)
- Ich will Mitglied der SAV werden

Name .....

Straße .....

PLZ und Ort .....

Telefon/Email .....

Dazu ermächtige ich – jederzeit widerruflich – die SAV, 15 € /20 € oder meine regelmäßige Spende von meinem Konto einzuziehen.

Name KontoinhaberIn .....

Kontonummer .....

Bank .....

Bankleitzahl .....

Datum .....

Unterschrift .....

Bitte ausschneiden und senden an:  
 SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin oder  
 Fax: 030 – 247 238 04

